top@ktuell

Gewerkschaft der Polizei
Bezirksgruppe Westpfalz

Versetzungsgeschehen 2009

Personalräte lehnen Vorhaben des PP Westpfalz ab Kaiserslautern, 30.03.09

Die Behördenleitung beabsichtigt, bei den Umsetzungen innerhalb des Präsidiums eine Altersbeschränkung von 42 Jahren einzuführen. Alle Kolleginnen und Kollegen am Standort Kaiserslautern die älter sind, müssten demnach hier verbleiben.
Eine entsprechende Vorlage hat der Gesamtpersonalrat in seiner heutigen Sitzung nach Anhörung der örtlichen Personalräte abgelehnt!
Alle GdP-geführten Gremien sind der Ansicht, dass diese willkürlich gezogene Altersgrenze so keinen Bestand haben darf!

In seiner Ablehnungsbegründung weist der Gesamtpersonalrat unter anderem darauf hin, dass er den Zuversetzungen von anderen Behörden und Einrichtungen noch gar nicht zugestimmt hat, ein entsprechender Mitbestimmungsantrag lag noch nicht vor.
Die GdP hat sich massiv, auch in der Öffentlichkeit dafür eingesetzt, dass mehr Kolleginnen und Kollegen als ursprünglich vorgesehen hierher versetzt werden, um insbesondere den schwächelnden Schichtdienst zu stärken. Es ist uns gelungen, das Innenministerium zu überzeugen, es hat genau dies zur Vorgabe gemacht.

Eine Altersbeschränkung stellt unserer Ansicht nach eine Altersdiskriminierung dar und widerspricht den Vorgaben des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes. Wir können nicht nachvollziehen, weshalb ein Kollege für Waldfischbach oder Dahn zu alt sein soll, man ihm aber gleichzeitig zumutet bei der PI 1 oder PI 2 Wechselschichtdienst zu leisten.
Zitat aus einer der vielen Mails Betroffener:

„Wir sind maßlos enttäuscht/wütend darüber, nicht mehr als Mensch/Polizeibeamter betrachtet zu werden, sondern dass man lediglich auf einen statistischen Wert (Alter) heruntergebrochen wird.
Dass hinter dieser Alterszahl aber ein Mensch steht, welcher bereits rund 30 Jahre Dienst für das Land Rheinland-Pfalz verrichtet hat, geht hier wohl bei dieser Bemessungsgrundlage völlig verloren.“

Es bleibt nun abzuwarten, ob der Polizeipräsident ein Einigungsverfahren beim Innenministerium beantragt, welches wiederum den Hauptpersonalrat beteiligen müsste. Für diesen hat unser Vorstandsmitglied Jürgen Moser bereits erklärt, dass man auch dort unsere Meinung teilt.
Theoretisch könnte es dann bis zum Letztentscheid des Ministers kommen, wobei natürlich immer noch die Möglichkeit einer gerichtlichen Klärung bleibt.

Wir sind gespannt, wie es weiter geht und werden natürlich berichten!

Weitere Informationen zur Sitzung des Gesamtpersonalrates im Intrapol unter
http://intrapol/intranet/nav/4d4/4d463195-3719-2012-c3a5-61a94839292e.htm

Der Bezirksgruppenvorstand

V.i.S.d.P.: Werner Hilmer ● GdP-Bezirksgruppe Westpfalz ● Parkstr. 11 ● 67655 Kaiserslautern